

Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach – Zugewanderte –

Stand: 22.04.09/aktualisiert Jan 2010

Inhaltsverzeichnis

I.	Grundaussagen zur Integration	S. 5
II.	Steuerungsstruktur zur Umsetzung der Grundaussagen	S. 9
III.	Erläuterungen zum Monitoring-System	S. 13
IV.	Aktionsplan 2010 - 2015	S. 21

Anlagen:

- 1. Maßnahmenvorschläge für Handlungsfeld A
Wirtschaft/Handel/Arbeit**
- 2. Maßnahmenvorschläge für Handlungsfeld B
Bildung + Sprache**
- 3. Maßnahmenvorschläge für Handlungsfeld C
Zusammenleben**
- 4. Bestand an Einrichtungen und Dienste für Zugewanderte**
- 5. Statistische Daten**

Teil: I
Grundaussagen zur Integration
(beschlossen durch den Rat der Stadt Bergisch
Gladbach am2009)

Was verstehen wir unter Integration

Leitgedanken und allgemeine Ziele für das Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für Zugewanderte

1. Präambel

Integration ist eine Bereicherung für die Gesellschaft. Sie erfordert die Akzeptanz der allgemeinen Menschenrechte und der Grundwerte des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit,
- Gleichberechtigung von Frau und Mann,
- Religionsfreiheit,
- Meinungsfreiheit,
- Toleranz gegenüber Andersdenkenden,
- Chancengleichheit.

Diese Grundwerte und die deutsche Sprache sind Teil der rechtlichen, politischen und sozialen Ordnung unserer Gesellschaft. Sie bilden die Grundlage unseres Zusammenlebens.

2. Integration als kommunale Aufgabe

Zuwanderung hat die gesellschaftliche Realität in Deutschland nachhaltig verändert. Unsere Stadt will alle wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Fähigkeiten und Potentiale zur Entfaltung kommen lassen. Deshalb ist die Gestaltung von Integration auch eine kommunale Aufgabe und ein Angebot an alle Zugewanderten und Einheimischen unserer Zuwanderungsgesellschaft.

Interkulturelle Arbeit ist eine wesentliche Grundlage unserer kommunalen Integrationspolitik. Ziel ist das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund, z.B. in den Stadtteilen, den Kindertageseinrichtungen und Schulen, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder bei der gemeinsamen Freizeitgestaltung.

3. Zuwanderung verständlich machen und Integration gestalten

Die Prozesse des sozialen Wandels, die auch von Zuwanderung geprägt werden, müssen den Menschen verständlich gemacht und von ihnen verstanden werden. Sie sind durch die Politik zu bewerten.

Integration setzt den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft voraus. Sie bedeutet keine einseitige Anpassung von Minderheiten an die Mehrheitsgesellschaft, sondern ein konstruktives Miteinander der Kulturen. Für das Zusammenleben ist die gemeinsame Sprache unerlässlich.

4. Integration ist Ausdruck gegenseitiger und gesellschaftlicher Toleranz

Der Einzelne muss sich seiner eigenen Herkunft, Lebensgeschichte und Identität bewusst sein. Diese Verschiedenheit zu erkennen, ist eine Voraussetzung, um eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. Alle Menschen müssen daher zum toleranten Zusammenleben mit anderen in einer Zuwanderungsgesellschaft befähigt werden.

Gleichberechtigter Dialog und nicht diskriminierender Umgang zwischen den zugewanderten und den ‚einheimischen‘ Mitgliedern unserer Gesellschaft müssen gefördert werden. Dies trägt dazu bei, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit zu verhindern.

5. Integration bietet Entwicklungschancen für die Kommune und den Einzelnen

Integration setzt bei den Gaben und Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen an. Die darin liegenden Chancen wollen wir ermöglichen. Einheimische und Zugewanderte sollen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und Daseinsgestaltung erhalten.

Unsere Stadt fördert mit ihrem Integrationskonzept Ansätze und Ziele auf allen Ebenen des wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Miteinanders.

6. Welche Ziele wollen wir mit unserem Integrationskonzept erreichen

- Wir fördern gegenseitige Toleranz und tragen zum Abbau von Vorurteilen jeglicher Art bei. Für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Intoleranz ist in unserer Stadt kein Platz.
- Wir kennen die verschiedenen Kulturen und Religionen der Menschen unserer Stadt und lernen sie verstehen.
- Wir greifen Impulse anderer Kulturen als Anregung für unsere Weiterentwicklung auf und lassen andere an unserer Kultur teilhaben.
- Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zur Integration. Deshalb werden alle Möglichkeiten des Erwerbs und der Vermittlung der deutschen Sprache genutzt und unterstützt. Sprachkenntnisse sind notwendig, aber nicht ausreichend für Integration.
- Qualifizierte Bildungs- und Berufschancen stehen auch Zugewanderten offen und werden von ihnen genutzt, so dass ihnen die sinnvolle Tätigkeit zum Erwerb des eigenen Lebensunterhaltes ermöglicht wird. Selbstbestimmtes Leben in einer Gemeinschaft schafft Anerkennung im gesellschaftlichen Umfeld.
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fühlen sich in unserer Stadt wohl. So genannte Parallelgesellschaften werden vermieden.
- Die Zugewanderten treten – unter Wahrung ihrer kulturellen Vielfalt und Identität – aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Wahrung der Grundwerte ein.

Teil: II

Steuerungsstruktur zur Umsetzung der Grundaussagen

Inhaltsverzeichnis

1. Wie wurde das vorliegende Konzept entwickelt?	10
2. Steuerung der Umsetzung	11

1. Wie wurde das vorliegende Konzept entwickelt?

In Umsetzung des Ratsbeschlusses zur „Strategie 2015“ vom 07.03.2007 hat der Bürgermeister den Fachbereich 5 beauftragt, ein Integrationskonzept – zunächst für den Personenkreis der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – zu erarbeiten. Hierzu entwickelte der Fachbereich ein beteiligungsorientiertes Verfahren, das die Einbeziehung der Betroffenen, der in der Integrationsarbeit tätigen Akteure und der Politik gewährleistete. Die Umsetzung wurde erleichtert durch die Förderung aus dem Landesprogramm „KOMM-IN“ und die Unterstützung durch das Institut für soziale Innovation.

Zum Auftakt fand am 19. Juni 2008 die erste Integrationskonferenz statt, in der eine erste Einschätzung der aktuellen Situation sowie vorrangiger Handlungsbedarfe erarbeitet wurden. Für die vorrangig identifizierten Handlungsfelder „Wirtschaft/ Handel/Arbeit“, „Bildung“, „Sprache“ und „Grundsätze des Zusammenlebens“ wurden aus der Mitte der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Integrationskonferenz Redaktionsgruppen gebildet, die Zielsetzungen und konkrete Maßnahmenvorschläge für das jeweilige Handlungsfeld erarbeiten sollten. Zudem wurde eine Lenkungsgruppe (Vertreter und Vertreterinnen der Fraktionen im Rat, Vorsitzender und Geschäftsführer des Integrationsbeirates, Gleichstellungsbeauftragte und Fachbereichsleiter 5) eingerichtet, die den gesamten Entwicklungsprozess begleitet hat und insbesondere die Grundaussagen zur Integration (Teil I) interfraktionell abgestimmt hat.

Zur Unterstützung der inhaltlichen Arbeit fand am 19./20. September 2008 ein Integrationsworkshop für die Mitglieder der Redaktionsgruppen und die Entscheidungsträger in der Stadt Bergisch Gladbach unter Einbeziehung von Zugewanderten statt. In dem Workshop wurden die bisherigen Redaktionsgruppen „Sprache“ und „Bildung“ zusammengeführt. Nachdem die Redaktionsgruppen Ziele und Maßnahmenvorschläge erarbeitet hatten, fand im Januar 2009 zu jedem Handlungsfeld eine Expertenrunde (Vertreter von den Migrantenselbstorganisationen und Institutionen in der Integrationsarbeit sowie Zugewanderten) statt, die die Arbeitsergebnisse fachlich diskutierten und ergänzten.

In gemeinsamer Sitzung befassten sich Sozialausschuss und Integrationsbeirat am 04.12.2008 mit den Grundaussagen zur Integration (Teil I).

In der Lenkungsgruppe wurden die vorgeschlagenen Ziele für die 3 Handlungsfelder in Rangfolgen gesetzt und auf Vorschlag der Verwaltung die vorrangigen Maßnahmen für die Arbeitsphase 2009/10 (s. Teil IV) ausgewählt. Die übrigen Maßnahmenvorschläge sind in den Anlagen 1 bis 3 dokumentiert.

Parallel zur Arbeit an den Handlungsfeldern hat eine weitere Arbeitsgruppe „Monitoring“ Grundlagen und Verfahrensweisen erstellt, wie die Wirkung der Umsetzung des Integrationskonzeptes beobachtet und so der weitere Entscheidungsprozess befördert werden kann.

2. Steuerung der Umsetzung

Die Umsetzung des Integrationskonzeptes soll so weit wie möglich in die bestehenden Gremien und Strukturen eingebunden werden. Im Sinne der übergeordneten Zielsetzung soll der Aufbau von Parallelstrukturen oder Spezialgremien allenfalls vorübergehend für gezielte Schwerpunktsetzungen in Betracht gezogen werden.

- Die **strategische Gesamtsteuerung** obliegt dem Rat. Fachlich zuständig ist der Ausschuss für Stadtentwicklung, demographischer Wandel, soziale Sicherung, Integration und Gleichstellung von Frau und Mann.

In den **Ausschuss für Stadtentwicklung** sind die bestehenden Beiräte (Integrationsrat, Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen und Seniorenbeirat) mit Sitz und beratender Stimme eingebunden. Im übrigen nehmen die Beiräte ihre Aufgabe im Rahmen der jeweiligen Satzung wahr.

Die **operative bzw. administrative Steuerung** erfolgt durch den Fachbereich 5 Jugend und Soziales. Die Querschnittsaufgabe wird durch die Stabsstellen 5-1 (Soziale Stadtentwicklung) für die Gesamtverwaltung wahrgenommen. In die Stabsstelle 5-1 werden die bisherigen Stabsstellen „Jugendhilfe-/Sozialplanung“ und beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen“ sowie durch Umschichtungen innerhalb des Stellenplanes eine weitere 1,0 Stelle eingebracht. Neben den bisherigen Aufgaben der Jugendhilfe-/Sozialplanung und der Behinderten Beauftragte werden der Stabsstelle 5-1 folgende Aufgaben zugeordnet:

- Geschäftsführung für die bestehenden Beiräte
- Koordination der Umsetzung und der Fortschreibung des Integrationskonzeptes (Teil: Integration von Zugewanderten)
- Entwicklung des Integrationskonzeptes für weitere Zielgruppen
- Berichterstattung an die Ratsgremien
- Einbringen der Ziele und Maßnahmen des Integrationskonzeptes in die bestehenden Gremien und Strukturen, insbesondere innerhalb der Stadtverwaltung.
- Die Stabsstelle 5-1 wird auch die Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaft unterstützen.

Die grundlegenden Aussagen des Integrationskonzeptes (Teil I des Integrationskonzeptes) werden durch eine nachhaltige Ausrichtung der gesamten Infrastruktur für die soziale Daseinsvorsorge erreicht werden. Die vorhandene Infrastruktur soll die Einbeziehung und volle Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner gewährleisten. Solange die Ziele nicht vollumfänglich realisiert sind, wird mittels der jährlichen Fortschreibung des Aktionsplanes (Teil IV des Integrationskonzeptes) orientiert an den Erkenntnissen aus dem Monitoringsystem (Teil III des Integrationskonzeptes) durch entsprechende Schwerpunktsetzung an der Beseitigung von Benachteiligungen gearbeitet. Vorrangig ist die bestehende soziale Infrastruktur so auszugestalten, dass die erforderlichen Förderungs- und Unterstützungsleistungen zur Integration im Rahmen der bestehenden Regelangebote gewährleistet werden können.

In Zusammenarbeit der Abteilung 1-12 (Statistik und EDV) und der Stabsstelle 5-1 wird die Veränderung der Lebenssituation von Zugewanderten und die Wirkung der eingeleiteten Förder- und Unterstützungsmaßnahmen kontinuierlich beobachtet und **regelmäßig an Verwaltungsführung und Rat berichtet**.

Wesentliche Teile der vorrangigen Maßnahmen (s. Teil IV) sind in den bestehenden Strukturen mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis, der Kooperation Arbeit und Soziales Rhein-Berg, der Bundesagentur für Arbeit und den Strukturen zur Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaft sowie den Kooperationen mit den freien Trägern der Jugendhilfe und Wohlfahrtspflege zu bewältigen. Im Rahmen des Aufbaus der kommunalen Bildungslandschaft muss die Förderung der Sprachkompetenz einen wichtigen Beitrag zur gelingenden Integration leisten. Die Sprachförderung muss bereits bei Kleinstkindern ansetzen.

Um den partizipativen Ansatz bei der Konzeptentwicklung auch bei dessen Umsetzung fortzuführen, nicht zuletzt um Brücken für politische und kulturelle Teilhabe von Zugewanderten zu bauen, soll künftig jährlich eine **Integrationskonferenz** unter Vorsitz des Bürgermeisters und unter Beteiligung des Integrationsbeirates, der Migrantenselbstorganisationen sowie der interessierten Öffentlichkeit stattfinden. Die Integrationskonferenz ist einerseits Begegnungsforum für Entscheidungsträger und Zugewanderte und soll sich andererseits mit wechselnden Themenschwerpunkten befassen. Darüber hinaus kann hier eine öffentliche Darstellung der Veränderungen und Wirkungen des Integrationskonzeptes erfolgen.

Teil: III

Erläuterungen zum Monitoring-System

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	14
2. Warum Monitoring?.....	14
3. Die Verwendung des Monitoring-Systems	15
4. Qualitätskriterien eines Monitoring-Systems	15
5. Wichtige Begriffe und ihre Bedeutung.....	17
6. Hinweise zum Maßnahmeraster	18

III. Erläuterungen zum Monitoring-System

1. Einleitung

Mit diesem Monitoring-System sollen die Ziele des Integrationskonzeptes und die durchgeführten Maßnahmen beobachtet und der Grad der (Ziel-)erreichung abgebildet werden. Die Darstellung des Prinzips von Monitoring und der beabsichtigten Vorgehensweise will Hilfestellung bei der Einführung geben.

2. Warum Monitoring?

Bei der Einführung eines Monitoring-Systems wird von verschiedenen Grundannahmen ausgegangen:

Ergebnisorientierte Steuerung geht nur über Kennzahlen:

Um die Ergebnisse von Entscheidungen darstellen zu können, bedarf es Kennzahlen, die den Stand vor und nach einer Maßnahme abbilden.

Kennzahlen bilden die kommunale Landschaft ab:

Kennzahlen sind in der Lage, die Struktur und die Aktivitäten der Akteure abzubilden und damit intersubjektiv transparent zu machen. Das gelieferte Bild bietet eine Entscheidungsgrundlage zur Steuerung.

Kein Kennzahlenset kann die kommunale Landschaft vollständig abbilden:

Genauso wenig wie eine Landkarte eine Landschaft vollständig abbildet, können Kennzahlensets die Beschaffenheit einer Stadt komplett darstellen. Sie bieten jedoch Orientierung *in* der Landschaft, indem sie ausgewählte Abbildungskriterien in einem Set zusammenstellen.

Gut gewählte Abbildungskriterien und sachgemäße Nutzung „kommunaler Landkarten“ verbessern Entscheidungen:

Entscheidungen, die auf einem guten Monitoring-System beruhen, sind intersubjektiv nachvollziehbar. Sie beruhen auf Tendenzen, die sich aufgrund von Grund- und Kennzahlen jederzeit ablesen lassen.

Kennzahlen dienen nicht der Bildung von Hitlisten, sondern werden für die Suche nach Optimierungs- bzw. Innovationsideen verwendet (Kompassfunktion):

Monitoring-Systeme dienen nicht der Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen. Sie helfen dabei, die eigene kommunale Situation realistisch einzuschätzen, und den eigenen Fortschritt nachzuvollziehen.

Ein Monitoringsystem ist überall dort einsetzbar, wo über Ziele gesteuert wird:

Bei einer Steuerung über Ziele bedarf es immer der Auswahl von Grund- und Kennzahlen sowie Wirksamkeitsindikatoren, um zu markieren, woran genau zu überprüfen sein wird, ob ein Ziel erreicht wurde. Monitoring-Systeme unterstützen also die erfolgreiche Steuerung über Ziele.

3. Die Verwendung des Monitoring-Systems

Ein Monitoring-System erfordert von den verantwortlichen Akteuren zwei zentrale Handlungsschritte:

Schritt eins: Sich der eigenen Ziele vergegenwärtigen!

Ziele können durch die Politik oder von Vorgesetzten bestimmt oder im Rahmen des eigenen Kompetenz-Spielraums selbst gesteckt sein. Ziele setzen Prioritäten und bieten Orientierung in der alltäglichen Arbeit.

Schritt zwei: Identifizieren von Indikatoren der Zielerreichung!

Leitfrage bei der Identifikation von Indikatoren der Zielerreichung ist: „Woran ist erkennbar (sichtbar, messbar, spürbar), dass die angestrebten Ziele erreicht wurden bzw. dass im Hinblick auf die vereinbarten Ziele Fortschritte erzielt wurden?“

Zur Überprüfung der Zielerreichung stehen unterschiedliche Instrumente zur Verfügung:

- die Fortschreibung von quantitativen Daten und Fakten (Grund- und Kennzahlen)
- die Evaluation von qualitativen Veränderungsmerkmalen (Wirkungsindikatoren), die durch Befragungen, Selbsteinschätzungen, Prozessevaluationen, Analyse von Teilnehmerlisten, Presseartikeln, Veranstaltungsdokumentationen oder formative Studien etc. erfasst werden können.

Durch eine systematische Vorgehensweise ergeben sich regelmäßige Anhaltspunkte und sogenannte „Feedbackschleifen“, die den Grad der Zielerreichung markieren und auf mögliche notwendige Umsteuerungen hinweisen.

4. Qualitätskriterien eines Monitoring-Systems

Alltagstauglichkeit:

Bei der Erarbeitung eines Monitoring-Systems muss darauf geachtet werden, dass ein alltagstaugliches System entwickelt wird, welches

- leicht handhabbar ist und einen geringen Aufwand bei der Datenerfassung mit sich bringt:
 - Steht die Zahl zur Verfügung?
 - Ist sie ohne großen Erhebungsaufwand zu erhalten?
 - Ist die Zahl auch längerfristig zu erhalten?
- den beteiligten Akteuren Vorteile bei der Gestaltung der Arbeitsaufträge liefert – (steuerungsrelevant):
 - Ist die Zahl zielbezogen, steuerungsrelevant und durch das eigene Handeln beeinflussbar?
- für die jeweiligen Empfänger leicht zu interpretieren ist
 - Ist die erhobene Zahl eindeutig und schnell zu interpretieren?
 - Ist die Zahl verständlich?
 - Stammt die Zahl aus einer glaubwürdigen Datengrundlage?

Nachhaltigkeit:

Das aufgestellte Zielsystem sollte stets eine nachhaltige Entwicklung bewirken. So sollte stets beachtet werden, wie ein erwünschter Zustand nicht nur erreicht wird, sondern auch wie er langfristig beibehalten und abgesichert werden kann.

Wechselwirkungen:

Ebenso ist stets zu prüfen, wie sich die verschiedenen Ziele zueinander verhalten, also welche Wirkungen die Erreichung eines Ziels auf die Erreichbarkeit eines anderen Zieles hat. Einzelne Ziele sollten sich nicht widersprechen oder sich gegenseitig aufheben.

Unterschiedlichkeit:

Die Einwohner/innen einer Kommune sind Frauen und Männer, Junge und Alte, Zugewogene und Einheimische mit verschiedenen physischen, psychischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen. Diese Unterschiedlichkeit gilt es auch in der Zielformulierung sowie in der Auswahl von geeigneten Grund- und Kennzahlen und in der Formulierung von Wirkungsindikatoren zu beachten.

5. Wichtige Begriffe und ihre Bedeutung

Grundzahlen	<ul style="list-style-type: none"> - werden aus einer (festgelegten) Quelle entnommen. - werden regelmäßig nach Vorgaben fortgeschrieben (z.B. Zeitraum der Erfassung, Stichtag, Alter, Anzahl, etc.). - beschreiben die örtliche Situation.
--------------------	---

<u>Beispiele:</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der 4-jährigen Kinder bei denen ein Förderbedarf festgestellt wurde. - Anzahl Schüler/innen im 1. Jahrgang der Grundschule.
-------------------	---

Kennzahlen	<ul style="list-style-type: none"> - sind die aus den Grundzahlen berechneten Daten, die den Grad der Zielerreichung anzeigen (bspw. von Jahreszielen). - bilden Handlungspotentiale ab.
-------------------	--

<u>Beispiele:</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Bei X Prozent der 4-jährigen Kinder wurde ein Förderbedarf festgestellt. - X Prozent der Abgänger/innen der Grundschule wechseln in eine weiterführende Schule.
-------------------	--

Wirkungs-Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> - beschreiben Faktoren und Merkmale, an denen man ablesen kann, inwiefern man ein gestecktes Ziel erreicht hat. - Leitfrage: „Woran kann gesehen werden, dass das Ziel erreicht wurde?“
-----------------------------	--

<u>Beispiele:</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Es sind Sprachstandserhebungsverfahren getestet worden. - Es ist ein Verfahren etabliert worden, wie Sprachkenntnisse abgestimmt/getestet werden können.
-------------------	---

Leitziele	beschreiben grundsätzlich die Richtung, auf die Sie hinarbeiten.
------------------	--

<u>Beispiel:</u>	Alle Jugendliche im Stadtgebiet verlassen die Schule mit ausreichenden Deutschkenntnissen.
------------------	--

Teilziele	beschreiben, welche konkreten Ziele verfolgt werden sollen, um die grundsätzliche Richtung zu beschreiten.
------------------	--

<u>Beispiel:</u>	Der Stand der Deutschkenntnisse wird regelmäßig geprüft.
------------------	--

Jahresziele	beschreiben die Ziele, die während eines Jahres erreicht werden können.
--------------------	---

<u>Beispiel:</u>	Exemplarisch sind Sprachstandserhebungsverfahren getestet und die Erfahrungen damit ausgewertet worden.
------------------	---

Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - beschreiben die konkreten Maßnahmen, die ergriffen werden, um ein Ziel zu erreichen. - die Maßnahmen müssen so beschrieben werden, dass beantwortet wird, wer, wann, wo und mit welchen Mitteln die Maßnahme umgesetzt.
------------------	--

<u>Beispiel:</u>	In drei Kindertagesstätten werden parallel drei verschiedene Sprachstandserhebungsverfahren getestet. Die Erfahrungen werden vergleichend ausgewertet.
------------------	--

6. Hinweise zum Maßnahmeraster

Die Maßnahmeraster setzen die vorgeschlagenen Maßnahmen in Beziehung zu den Grundannahmen und Zielen des Integrationskonzeptes (siehe Teil I: Grundaussagen zur Integration) und enthalten alle steuerungsrelevanten Informationen.

1.	Bezeichnung der Maßnahme: <i>Eindeutiger Name der durchzuführenden Maßnahme</i>	<i>Nummer der Maßnahme: Nummer des Ziels/Nummer des Vorschlags</i>
2.	Beschreibung der Maßnahme: <i>Was soll durch die Maßnahme erreicht werden?</i>	
3.	Ziele <i>Auf welche(s) Ziel(e) des Integrationskonzeptes bezieht sich die Maßnahme?</i>	
4.	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5.	Zeit erforderlicher Vorlauf	<i>Wie viel Zeit wird benötigt, damit die Maßnahme begonnen werden kann?</i>
	Dauer des Angebots / der Veranstaltung	<i>Wie lange soll das Angebot/die Veranstaltung dauern?</i>
	einmalig / wiederkehrend / Rhythmus	<i>Wie oft findet das Angebot/die Veranstaltung statt?</i>
	gesamte Laufzeit der Maßnahme	<i>Wie lang ist die Laufzeit der Maßnahme?</i>
6.	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:	
	> Federführung:	<i>Wer hat die Federführung der Maßnahme?</i>
	> Mitwirkende:	<i>Wer ist Mitwirkende(r)?</i>
	> Unterstützer:	<i>Welche Unterstützer gibt es?</i>
7.	Benötigte Ressourcen:	
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)	
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)	
	> Sachmittel (welche, Kosten)	
8.	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren	
	Grundzahl: - <i>Was soll gemessen werden?</i>	
	Kennzahl: - <i>Welcher Wert soll erreicht werden?</i>	
	Wirkungsindikatoren: - <i>Woran kann gesehen werden, dass das Ziel erreicht wurde?</i>	
<i>Eine Auswahl von Grund- und Kennzahl sowie Wirkungsindikatoren finden sich im Teil I: Grundaussagen zur Integration jeweils im maßnahmebezogenen Kapitel (4. Monitoring und Evaluation). Weitere können selbst entwickelt werden.</i>		
9.	Sonstige Informationen <i>Hinweise, die für das Verstehen der Maßnahme wichtig sind.</i>	

Die Raster sind – soweit sie nicht bereits in den Aktionsplan (Teil III) eingebunden sind – in den Anlagen 1 – 3 (mit dem derzeitigen Kenntnisstand) dokumentiert. Diese

Anlagen dienen als Themenspeicher für die künftige Fortschreibung des Aktionsplanes. Sie können laufend ergänzt werden. Maßnahmen, für die festgestellt wird, dass sie ungeeignet oder nicht realisierbar sind, werden entsprechend gekennzeichnet.

Teil: IV

Aktionsplan 2010 – 2015

Zunächst werden Maßnahmen für 2010 und 2011 vorgeschlagen.

Alle übrigen Maßnahmenvorschläge sind in den Anlagen 1 bis 3 dokumentiert.

Der Aktionsplan soll jährlich fortgeschrieben werden.

Inhaltsverzeichnis

A Handlungsfeld: Wirtschaft, Handel, Arbeit	22
1. Annahmen	22
2. Ziele	22
3. Geeignete Maßnahmen	23
4. Monitoring und Evaluation	25
5. Operativer Ablauf	26
B Handlungsfeld: Bildung und Sprache.....	28
1. Annahmen	35
2. Ziele	35
3. Geeignete Maßnahmen	36
4. Monitoring und Evaluation	39
5. Operativer Ablauf	40
C Handlungsfeld: Zusammenleben	47
1. Annahme	47
2. Ziele	47
3. Geeignete Maßnahmen	48
4. Monitoring und Evaluation	50
5. Operativer Ablauf	51

A Handlungsfeld: Wirtschaft, Handel, Arbeit

1. Annahmen

1. Die Situation in Bergisch Gladbach im Bereich Arbeit und Wirtschaft ist durch hohe Arbeitslosigkeitsraten und geringe Ausbildungsstellen unter Zugewanderten geprägt.
2. Es gibt einen steigenden Fachkräftemangel.
3. Signifikant schlechtere Schul- und Ausbildungsabschlüsse von Zugewanderten können einerseits zu sozialpolitischen Problemen wie Armut und Kriminalität führen, andererseits zur Verschwendung von Talenten, die auf dem Fachkräftemarkt dringend gebraucht werden.
4. Im Bereich Arbeit und Wirtschaft treffen sich sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Herausforderungen.

2. Ziele

Die nachfolgenden Ziele konkretisieren die dem Handlungsfeld Wirtschaft, Handel, Arbeit vorangestellten Annahmen und die Grundaussagen zur Integration (Teil I) handlungsorientiert. Bei ihrer Umsetzung sind Geschlechter- und Generationengerechtigkeit strikt zu beachten.

Die Rangordnung der Ziele wurde im Verhältnis von Wichtigkeit und Dringlichkeit der Ziele dieses Handlungsfeldes festgelegt.

Ziele im Rang 1

A1 Gezielte Strategie für

a) Praktikums- und Ausbildungsplätze

Die Stadt Bergisch Gladbach entwickelt eine langfristige Strategie, mit der sie Zugewanderte gleichberechtigt und ganz gezielt dabei unterstützt, Praktikums- und Ausbildungsplätze zu finden.

Betriebe, die noch keine Erfahrung in der Ausbildung haben und/oder nicht ausbilden, werden über das Ausbildungssystem informiert und während der Zeit, in der sie ausbilden, unterstützt, beraten und begleitet.

Bereits vorhandene Angebote beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf sind transparent und vernetzt.

b) Arbeitsplätze

Die Stadt Bergisch Gladbach unterstützt bei der Umsetzung ihrer strategischen Zielsteuerung im Handlungsfeld 6 (Arbeitsplätze/Wirtschaftsförderung: „Jeder erwerbsfähige Gladbacher und jede erwerbsfähige Gladbacherin erhalten einen Arbeitsplatz...“) Zugewanderte gleichberechtigt und ganz gezielt, Arbeitsplätze zu finden.

A2 Berufliche Sensibilisierung von Zugewanderten

Zugewanderte werden für die Bedeutung ihrer beruflichen Bildung sensibilisiert, besonders dann, wenn Eltern oder Bekannte als Wissensvermittler nicht zur Verfügung stehen.

Ziele im Rang 2**A3 Schlüsselakteur/innen sensibilisieren**

Schlüsselakteur/innen im Bereich Wirtschaft, Handel und Arbeit werden für die bestehenden Herausforderungen sensibilisiert.

Ziele im Rang 3**A4 Integration als Gewinn verstehen**

Mehr als bisher muss für Betriebe, die ausbilden und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, hervorgehoben werden, dass die Beschäftigung von Mitarbeiter/innen mit interkultureller Kompetenz und Mehrsprachigkeit einen Gewinn für das Unternehmen darstellt.

Die interkulturelle Orientierung von Einrichtungen und Trägern wird gestärkt und ausgeweitet; dabei übernimmt die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach eine Vorbildfunktion.

A5 Regionale Abstimmung der Maßnahmen

Transparenz und Vernetzung der vorhandenen Angebotslandschaft werden als vorrangige Ziele anerkannt, sind jedoch insbesondere im Bereich Wirtschaft, Handel, Arbeit auch regional zu betrachten. Geplante Maßnahmen sind daher mit regional agierenden Akteur/innen abzustimmen.

3. Geeignete Maßnahmen

(Nummerierung: Bezeichnung des Ziels und Nummer in der Auflistung, z. B. A1/2 = Werbemaßnahmen für Praktikumsplätze). Die Reihenfolge der Maßnahmenvorschläge bildet keine Prioritätensetzung ab.

zu Ziel A1 Gezielte Strategie für Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze

1. Durchführung von Ausbildungsbörsen.
2. Werbemaßnahmen für Praktikumsplätze sowie für Ausbildung und Einstellung von Zugewanderten.
3. Ausbildungsplatzentwicklung und auf den Betrieb abgestimmte Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen für Zugewanderte.
4. Unterstützung von Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft: Bestehende Projekte, z.B. Zukunftskonferenz, Lernpartnerschaft der Ganztags Hauptschule Ahornweg oder die Projekte AiM (Ausbildung in Migrantenbetrieben) und Jobstarter, werden unterstützt, auch über den Zeitpunkt der Beendigung befristeter Projekte hinaus. Ähnliche Aktivitäten bei anderen Schulen werden angeregt. Erfahrungen aus früheren Projekten (z.B. MIA – Migranten in Ausbildung) werden genutzt.

zu Ziel A2 Berufliche Sensibilisierung von Zugewanderten

1. Durchführung von Betriebsbesichtigungen, insbesondere bei Unternehmen, die von Zugewanderten geführt werden.
2. Durchführung von gezielten Informationsveranstaltungen an Hauptschulen für die Berufsausbildung in Kooperation mit den Migrantenselbstorganisationen.
3. Information durch ehemalige Schüler/innen über gelungene Schul-, Ausbildungs- und Berufskarrieren.
4. Präsentation von Erfolgen und guten Beispielen bei Neueinstellungen von Praktikant/innen, Auszubildenden und Arbeitnehmer/innen.
5. Unterstützung eines Mentoringprojektes für den Übergang Schule – Beruf zur Betreuung, Begleitung und Unterstützung bei allen anfallenden Fragen und Problemen während der gesamten Ausbildungszeit: Kooperation mit potentiellen Fachstellen, Vereinen und Verbänden, auch aus Gründen der Nachhaltigkeit der eingeleiteten Maßnahmen.

zu Ziel A3 Schlüsselakteur/innen sensibilisieren

1. Organisation einer großen Veranstaltung mit Schlüsselakteur/innen sowie Schlüsselinstitutionen aus Wirtschaft, Handel und Politik zur Sensibilisierung der Betriebe für Ausbildung.

zu Ziel A4 Integration als Gewinn

1. Feststellen, wie viele Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach beschäftigt sind. Bewertung des Ergebnisses in einem verwaltungsinternen Arbeitskreis.
2. Prüfung, ob und wo in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach Praktikums- und Ausbildungsplätze für Zugewanderte vorgehalten werden können.
3. Auf der Grundlage der Erkenntnisse aus den Feststellungen und Prüfungen zu 1. und 2.: Ggf. Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in allen Fachbereichen der Stadtverwaltung.
4. Überprüfung der Einstellungsverfahren (ggf. vorhandene Hindernisse/„Stolpersteine“) für Zugewanderte.
5. Entwicklung von Empfehlungen für die Privatwirtschaft (IHK, Handwerkskammer) auf der Grundlage der Erkenntnisse aus den Feststellungen und Prüfungen zu 3. und 4.

zu Ziel A5 Abstimmung

1. Inanspruchnahme vorhandener Förderprogramme.
2. Angebots- und Bedarfsanalyse: Was ist vorhanden, was fehlt, welche Maßnahmen müssen angeboten werden, um das Ziel zu erreichen?
3. Einrichtung einer Clearingstelle „Wirtschaft, Handel, Arbeit“ zur Bündelung vorhandener Angebote und Vernetzung Schule – Kompetenzagentur – Arbeitgeber.
4. Einrichtung „Runder Tisch Wirtschaft, Handel, Arbeit“ zur Verzahnung der verschiedenen Akteur/innen.

4. Monitoring und Evaluation

Grundzahl:

Welcher statistische Wert verdeutlicht die Ist-Situation?

1. Arbeitslosenquote unter Deutschen, Ausländer/innen, Zugewanderten,
 - a) gesamt (Deutsche, Ausländer/innen)
 - b) unter 20 Jahren
 - c) unter 25 Jahren
 (Quelle: Arbeitsagentur, außer Zugewanderte)
2. Anzahl der Ausbildungsplätze und der Praktikumsplätze in Bergisch Gladbach im Verhältnis zur Anzahl der Ausbildungsplatz- bzw. Praktikumsplatzsuchenden. (Quelle: Schulamt/IHK?)
3. Anzahl der Schulabgänger/innen nach Schulformen
4. Anzahl der deutschen und der Migrantenbetriebe, die ausbilden, im Verhältnis zu allen Betrieben. (Quelle: IHK/Handwerkskammer)
5. Ausbildungsabschlussquoten von Deutschen und Zugewanderten, Verhältnis beider Quoten, Anzahl der Ausbildungsabschlüsse und der Abbrüche. (Quelle: IHK/Handwerkskammer)
6. Anzahl der Deutschen und der Zugewanderten, die einen Arbeitsplatz bzw. einen Praktikumsplatz suchen, Verhältnis zueinander.
7. Bevölkerungszahlen junge Erwachsene (15 – 27 Jahre) in Bergisch Gladbach mit und ohne Migrationshintergrund, Verhältnis beider Zahlen. (Quelle: LDS, nur Ausländer/innen; Kommune)

Kennzahl:

Welcher statistische Wert kennzeichnet den Zielfortschritt?

1. Arbeitslosenquote bei Zugewanderten (hilfsweise der Ausländer/innen) liegt bei x%, sie nähert sich dem Bevölkerungsanteil an.
2. Die Anzahl der Ausbildungsplätze und der Praktikumsplätze im Verhältnis zur Anzahl der Suchenden ist ausgeglichen bzw. liegt x% über dem Ausgleichswert. Das Angebot an Ausbildungs- und Praktikumsplätzen hat sich um x% erhöht.
3. Die Anzahl der deutschen und der Migrantenbetriebe, die ausbilden, jeweils im Verhältnis zu allen Betrieben, hat sich um x% erhöht.
4. Die Ausbildungsquote von Deutschen und Zugewanderten hat sich um x% erhöht. Das Verhältnis zwischen den beiden Quoten ist ausgeglichen. (Quelle 2. – 4.: IHK/Handwerkskammer)
5. Die Quote der Deutschen und der Zugewanderten, die zum Stichtag X einen Ausbildungsplatz suchen, ist um x% gesunken. Das Verhältnis beider Quoten entspricht der Bevölkerungsstruktur.
6. Der Anteil der Schulabgänger/innen, die einen Ausbildungsplatz bzw. einen Praktikumsplatz gefunden haben, ist gestiegen (Angaben zu Schulpraktika: ggf. qualitative Erhebung)

Wirkungsindikatoren:

1. Zugewanderten ist die berufliche Bildung wichtig.
2. Schlüsselakteur/innen sind sich der bestehenden Herausforderungen bewusst.
3. Betriebe, Stadtverwaltung, Wohlfahrtsverbände, Einrichtungen und Träger sind sich über den Gewinn (z.B. interkulturelle Kompetenz, Mehrsprachigkeit) durch Einstellungen von Zugewanderten bewusst.

4. Die Angebotslandschaft ist für die handelnden Akteur/innen transparent. Diese sind miteinander vernetzt, so dass eine stetige Bedarfsanalyse und eine Abstimmung in Bezug auf die Angebotsentwicklung ermöglicht werden.
5. Schulen melden zurück, dass alle Schüler/innen, die ein Praktikum machen wollen, einen passenden Platz bekommen.

Adressaten der Berichterstattung:

Wem wird über Fortschritte und Entwicklungen berichtet?

ASSG, Integrationsrat
Integrationskonferenz, JHA und ABKSS
Rat, Verwaltungskonferenz

5. Operativer Ablauf

Zur Verbesserung der Situation im Handlungsfeld sind folgende Maßnahmen in 2010 und 2011 geplant:

- Analyse und Aufbau eines Steuerungssystems
In einer Bedarfs- und Angebotsanalyse werden die vorhandenen Informationen zu den Angeboten und Maßnahmen im Handlungsfeld Übergang Schule/Beruf inklusive Ausbildung und Arbeit für junge Erwachsene, aber auch für ältere Zugewanderte, systematisiert und aktualisiert. Diese Darstellung wird zumindest nach Alter und Geschlecht differenziert.
Die Bedarfs- und Angebotsanalyse wird den zuständigen Fachausschüssen und dem Integrationsbeirat mit weitergehenden Umsetzungsvorschlägen vorgelegt.
- Thematisierung der Situation im Koordinierungskreis u25 der Kooperation Arbeit und Soziales und der Jugendkonferenz der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach
Um mit den relevanten Akteuren an einer Verbesserung der Situation zu arbeiten, werden die Erkenntnisse aus der Bedarfs- und Angebotsanalyse in die bestehenden Kooperationsgremien durch den Fachbereich 5 eingebracht.
- Berichterstattung
In regelmäßigen Abständen werden die Stärken und Entwicklungschancen, die Gewinne und Gefahren, die sich aus der aktuellen Situation ergeben, herausgearbeitet und daraus Empfehlungen für den Jugendhilfe- und den Sozialausschuss abgeleitet, welche strategischen Ziele für eine günstige städtische Entwicklung im Hinblick auf Ausbildung und Beschäftigungen junger Zugewanderter verfolgt werden sollten. Es werden Wirkungsindikatoren für diese strategischen Ziele vereinbart, an denen zu einem festgesetzten späteren Zeitpunkt abzulesen ist, ob im Hinblick auf die strategischen Ziele Fortschritte erreicht wurden.
Ein jährlicher Bericht über die Situation, Ziele und Fortschritte im Handlungsfeld – zumindest differenziert nach Alter und Geschlecht – wird dem Rat und seinen Fachausschüssen sowie dem Integrationsbeirat und der Öffentlichkeit vorgelegt.
- In Abstimmung mit 1-130 Stadtmarketing/Pressearbeit werden die Medien re-

gelmäßig über Erfolge und gute Beispiele informiert.

- Umsetzung vorgeschlagener Maßnahmen
Entsprechend der Zielprioritäten sollen vorrangig die auf den folgenden Seiten dokumentierten Maßnahmen in Angriff genommen werden. Ob und in welchem Umfang hierfür Haushaltsmittel benötigt werden, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einschätzen. Sollten für die Umsetzung der Maßnahmen Haushaltsmittel benötigt werden, wird der Fachbereich 5 entsprechende Vorschläge bzw. Beschlussvorlagen im Rahmen der Haushaltsmittel 2010 in den ASSG sowie zu den Haushaltsberatungen 2011 einbringen:
 - A 1/1 Durchführung von Ausbildungsbörsen
 - A 1/2 Werbemaßnahmen für Praktikumsplätze sowie für Ausbildung und Einstellung von Zugewanderten.
 - A 1/3 Ausbildungsplatzentwicklung und auf den Betrieb abgestimmte Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen für Zugewanderte.
 - A 2/1 Durchführung von Betriebsbesichtigungen, insbesondere bei Unternehmen, die von Migrant/innen geführt werden.
 - A 2/2 Durchführung von gezielten Informationsveranstaltungen an Hauptschulen für die Berufsausbildung in Kooperation mit den Migrantenselbstorganisationen.
 - A 2/3 Information durch ehemalige Schüler/innen über gelungene Schul-, Ausbildungs- und Berufskarrieren.
 - A 2/5 Unterstützung eines Mentoringprojektes für den Übergang Schule – Beruf zur Betreuung, Begleitung und Unterstützung bei allen anfallenden Fragen und Problemen während der gesamten Ausbildungszeit: Kooperation mit potentiellen Fachstellen, Vereinen und Verbänden, auch aus Gründen der Nachhaltigkeit der eingeleiteten Maßnahmen.

- Vorbild sein – interkulturelle Orientierung der Stadtverwaltung
Die Stadtverwaltung untersucht intern, wie viel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte bei der Stadt Bergisch Gladbach in welchen Aufgaben beschäftigt sind und bewertet die Ergebnisse in der Arbeitsgemeinschaft der Fachbereichsleitungen. Ziel ist die Nutzung der personellen Ressourcen und Potentiale, die sich aufgrund von Mehrsprachigkeit und mehrkulturellen Erfahrungshintergründen für die Stadtverwaltung ergeben.
Die Stadtverwaltung prüft, ob und wo bei der Stadt Bergisch Gladbach Praktikums- und Ausbildungsplätze für Zugewanderte vorgehalten werden können. Ziel ist, den Anteil der Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte in allen Fachbereichen zu erhöhen, so dass langfristig die Struktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung eine Spiegelverteilung in der Bevölkerung ist.
Das städtische Einstellungsverfahren wird auf möglicherweise vorhandene Hindernisse für Zugewanderte überprüft. Für bestehende Hindernisse werden Lösungen entwickelt.
Die Stadtverwaltung veröffentlicht ihre Erfahrungen mit diesen Handlungsschritten und lädt die IHK, die Handwerkskammer sowie weitere Institutionen und Einrichtungen zu einem Austausch über „Gewinne und Verluste durch interkulturelle Ausrichtung der Personalstruktur in Verwaltung und Wirtschaft“ ein.

1.	Bezeichnung der Maßnahme: Durchführung von Ausbildungsbörsen		Nr. A 1/1
2.	Beschreibung der Maßnahme: Einmal jährlich stellen sich Ausbildungsbetriebe interessierten Jugendlichen und ihren Eltern, Lehrer/innen vor. Ebenfalls stellen sich Beratungs- und Anlaufstellen für Jugendliche vor und begleiten teilnehmende Jugendliche bei ihrer Kontaktaufnahme mit anwesenden Betrieben, etc.		
3.	Ziele A 1 Gezielte Strategie für a) Praktikums- und Ausbildungsplätze Die Stadt Bergisch Gladbach entwickelt eine langfristige Strategie, mit der sie für mehr Beschäftigung sorgt und mit der sie Migrantinnen und Migranten ganz gezielt dabei unterstützt, Praktikums- und Ausbildungsplätze zu finden. b) Arbeitsplätze Die Stadt Bergisch Gladbach entwickelt eine langfristige Strategie, mit der sie für mehr Beschäftigung sorgt und mit der sie Migrantinnen und Migranten ganz gezielt dabei unterstützt, Arbeitsplätze zu finden.		
4.	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? <u>ja/nein</u> Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo? Z.B.: Info-Tag der Berufskollegs, Ausbildungsbörse in Overath, Partnerschaften zwischen Betrieben und Schulen		
5.	Zeit		
	erforderlicher Vorlauf	6 Monate	
	Dauer des Angebots / der Veranstaltung	Tagesveranstaltung	
	einmalig / wiederkehrend / Rhythmus	jährlich wiederkehrend	
gesamte Laufzeit der Maßnahme	nach dreimaliger Durchführung auf Wirkung zu Überprüfung		
6.	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:	AWO-Jugendberatung	
	> Mitwirkende:	Handwerkskammer, IHK, Stadt, Berufsschule	
	> Unterstützer:	RBW, Wirtschaftsförderung	
7.	Benötigte Ressourcen:		
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)	0,1 Stelle für Koordination, ehrenamtl. Organisator	
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)	Berufskolleg	
	> Sachmittel (welche, Kosten)	ca. 3.000 € für Werbemittel, Materialien, Fahrtkosten, etc.	
8.	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?)	-	
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?)	-	
	Wirkungsindikatoren:	-	
9.	Sonstige Informationen		

1.	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. A 1/2
	Werbemaßnahmen für Praktikumsplätze sowie für Ausbildung und Einstellung von Zugewanderten.		
2.	Beschreibung der Maßnahme		
	Durch verschiedene Werbemaßnahmen wird bei Betrieben dafür geworben, mehr Praktikums- und Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.		
3.	Ziel:		
	A1 Gezielte Strategie für		
	c) Praktikums- und Ausbildungsplätze		
	Die Stadt Bergisch Gladbach entwickelt eine langfristige Strategie, mit der sie für mehr Beschäftigung sorgt und mit der sie Migrantinnen und Migranten ganz gezielt dabei unterstützt, Praktikums- und Ausbildungsplätze zu finden.		
	d) Arbeitsplätze		
	Die Stadt Bergisch Gladbach entwickelt eine langfristige Strategie, mit der sie für mehr Beschäftigung sorgt und mit der sie Migrantinnen und Migranten ganz gezielt dabei unterstützt, Arbeitsplätze zu finden.		
4.	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an?		
	ja/nein		
	Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
	Caritas mit Projekt „Ausbildung in Migrantenbetriebe“		
5.	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf	-	
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung	Ganzjährig	
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus	Jährlich	
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme	nach dreimaliger Durchführung auf Wirkung zu Überprüfung	
6.	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:	Stadt Bergisch Gladbach	
	> Mitwirkende	IHK, etc.	
	> Unterstützer	Schule, Politik, MSO,	
7.	Benötigte Ressourcen:		
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
	> Sachmittel (welche, Kosten)	XX € (Sachmittel Druckerzugnisse/Broschüren, Telefon, Porto)	
8.	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?)		
	-		
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?)		
	-		
	Wirkungsindikatoren:		
	-		
9.	Sonstige Informationen		

1.	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. 1/3
	Ausbildungsplatzentwicklung und auf den Betrieb abgestimmte Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen für Zugewanderte.		
2.	Beschreibung der Maßnahme		
	Ziele		
	A1 Gezielte Strategie für		
3.	a) Praktikums- und Ausbildungsplätze Die Stadt Bergisch Gladbach entwickelt eine langfristige Strategie, mit der sie für mehr Beschäftigung sorgt und mit der sie Migrantinnen und Migranten ganz gezielt dabei unterstützt, Praktikums- und Ausbildungsplätze zu finden.		
	b) Arbeitsplätze Die Stadt Bergisch Gladbach entwickelt eine langfristige Strategie, mit der sie für mehr Beschäftigung sorgt und mit der sie Migrantinnen und Migranten ganz gezielt dabei unterstützt, Arbeitsplätze zu finden.		
4.	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf	1 Monat	
5.	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung	Januar– April eines Jahres	
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus	Einmal jährlich	
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme	nach dreimaliger Durchführung auf Wirkung zu Überprüfung	
	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
6.	> Federführung:	Stadt Bergisch Gladbach	
	> Mitwirkende	IHK, etc.	
	> Unterstützer	MSO	
	Benötigte Ressourcen:		
7.	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
	> Sachmittel (welche, Kosten)		
	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?)		
	-		
8.	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?)		
	-		
	Wirkungsindikatoren:		
	-		
9.	Sonstige Informationen		

1.	Bezeichnung der Maßnahme Durchführung von Betriebsbesichtigungen, insbesondere bei Unternehmen, die von Migrant/innen geführt werden.	Nr. A 2/1
2.	Beschreibung der Maßnahme: Schüler/innen lernen verschiedene Betriebe und Sparten kennen und können sich so eine Vorstellung von unterschiedlichen Berufen machen. Gleichzeitig sollen Schüler/innen mit Migrationshintergrund erfolgreiche Unternehmende mit Migrationshintergrund kennen lernen, die sie als berufliches Vorbild nehmen können.	
3.	Ziele A2 Berufliche Sensibilisierung von Zugewanderten	
4.	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5.	Zeit	
	> erforderlicher Vorlauf	
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung	
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus	
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme	
6.	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:	
	> Federführung:	
	> Mitwirkende:	
	> Unterstützer	
7.	Benötigte Ressourcen:	
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)	
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)	
	> Sachmittel (welche, Kosten)	
8.	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren	
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -	
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -	
	Wirkungsindikatoren: -	
9.	Sonstige Informationen	

1	Bezeichnung der Maßnahme Durchführung von gezielten Informationsveranstaltungen an Hauptschulen für die Berufsausbildung in Kooperation mit den Migrantenselbstorganisationen. Nr. A 2/2	
2	Beschreibung der Maßnahme:	
3	Ziele A2 Berufliche Sensibilisierung von Zugewanderten	
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5	Zeit	
	> erforderlicher Vorlauf	
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung	
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus	
> gesamte Laufzeit der Maßnahme		
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:	
	> Federführung:	
	> Mitwirkende:	
> Unterstützer		
7	Benötigte Ressourcen:	
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)	
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)	
> Sachmittel (welche, Kosten)		
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren	
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?)	
	-	
Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?)		
-		
Wirkungsindikatoren:		
-		
9	Sonstige Informationen	

1	Bezeichnung der Maßnahme Information durch ehemalige Schüler/innen über gelungene Schul-, Ausbildungs- und Berufskarrieren.	Nr. A 2/3
2	Beschreibung der Maßnahme: Ehemalige Schülerinnen und Schüler, die Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze gefunden haben, berichten über ihre Schul-, Ausbildungs- und Berufskarrieren, sie machen anderen mit ihren eigenen positiven Erfahrungen Mut.	
3	Ziele A2 Berufliche Sensibilisierung von Zugewanderten	
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5	Zeit > erforderlicher Vorlauf > Dauer des Angebots / der Veranstaltung > einmalig / wiederkehrend / Rhythmus > gesamte Laufzeit der Maßnahme	
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.: > Federführung: > Mitwirkende: > Unterstützer	
7	Benötigte Ressourcen: > Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten) > Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten) > Sachmittel (welche, Kosten)	
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) - Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) - Wirkungsindikatoren: -	
9	Sonstige Informationen	

	Bezeichnung der Maßnahme	Nr. A 2/5
1	Unterstützung eines Mentoringprojektes für den Übergang Schule – Beruf zur Betreuung, Begleitung und Unterstützung bei allen anfallenden Fragen und Problemen während der gesamten Ausbildungszeit: Kooperation mit potentiellen Fachstellen, Vereinen und Verbänden, auch aus Gründen der Nachhaltigkeit der eingeleiteten Maßnahmen.	
2	Beschreibung der Maßnahme:	
3	Ziele A2 Berufliche Sensibilisierung von Zugewanderten	
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5	Zeit	
	> erforderlicher Vorlauf	
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung	
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus	
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme	
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:	
	> Federführung:	Stadt Bergisch Gladbach
	> Mitwirkende:	Schulen, Berufsschulen, Betriebe, Handwerkskammern, MSO, .. .
	> Unterstützer	
7	Benötigte Ressourcen:	
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)	
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)	
	> Sachmittel (welche, Kosten)	
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren	
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?)	-
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?)	-
	Wirkungsindikatoren:	-
9	Sonstige Informationen	

B Handlungsfeld: Bildung und Sprache

1. Annahmen

1. Zu viele Kinder haben mit dem Eintritt in die Schule zu wenig Deutschkompetenz, um den Herausforderungen der ersten Schuljahre gewachsen zu sein. Damit sind sie von Anfang an benachteiligt.
2. Eltern, Kindertagesstätten und Schulen wirken noch zu wenig zusammen, um die Förderung der Kinder gemeinsam zu gestalten. Insbesondere im Rahmen der Herausforderung bilingualer Erziehung ist jedoch ein gutes Zusammenspiel grundlegend.
3. Fachkräfte in Erziehung und Bildung erleben die interkulturelle Orientierung ihrer Arbeit als besondere Herausforderung, bei der sie unterstützt und gestärkt werden sollten. Insbesondere Themen wie bilinguale Erziehung und unterschiedliche Herkunftskulturen werfen neue Fragen auf, mit denen die Fachkräfte nicht allein gelassen werden dürfen.
4. Die vorhandenen Angebote der Deutschförderung in Bergisch Gladbach sind nicht genügend transparent. Die Herausgabe z.B. des Wegweisers „Angebote Deutsch lernen“ war ein gutes Instrument, welches aktualisiert und fortgeführt werden sollte.
5. Die vorhandene Angebotspalette weist Lücken auf. Bestimmte Zielgruppen werden nicht genügend durch Angebote angesprochen.

2. Ziele

Die nachfolgenden Ziele konkretisieren die dem Handlungsfeld Bildung und Sprache vorangestellten Annahmen und die Grundaussagen zur Integration (Teil I) handlungsorientiert. Bei ihrer Umsetzung sind Geschlechter- und Generationengerechtigkeit strikt zu beachten.

Die Rangordnung der Ziele wurde im Verhältnis von Wichtigkeit und Dringlichkeit der Ziele dieses Handlungsfeldes festgelegt.

Ziele im Rang 1

B1 Frühe Förderung

Unter 6-jährige mit anderer Muttersprache werden verstärkt gefördert. Eltern werden in ihrer besonderen Herausforderung bilingualer Erziehung unterstützt. Eltern mit Migrationshintergrund nutzen für die Sprachentwicklung ihrer Kinder die Angebote von Jugendhilfe und Familienbildung auch für die Unter-3-jährigen und auch außerhalb von Kindertagesstätten.

Ziele im Rang 2

B2 Elternarbeit mit Zugewanderten

Die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindertagesstätten und Schulen wird

verstärkt. Unter Würdigung der Kompetenzen der Eltern wird deren Motivation für die Mitwirkung am Bildungserfolg ihrer Kinder gestärkt und hierfür gezielte Unterstützungsmaßnahmen entwickelt. Das deutsche Schulsystem ist den Eltern bekannt.

B3 Schließen von Angebotslücken

Die Angebote in der Förderung der deutschen Sprache werden systematisch nach unterversorgten Zielgruppen überprüft. Lücken werden geschlossen.

Ziele im Rang 3

B4 Ressource Muttersprache

Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zur Integration. Bei Erwerb und der Vermittlung der deutschen Sprache wird der Einsatz der Muttersprache der Zugewanderten jeden Alters in seiner Brückenfunktion genutzt.

B5 Sprachförderung in der Schule

Die Förderung der deutschen Sprache während der Schulzeit wird mit hoher Priorität vorangetrieben, damit Kinder mit Defiziten in der Unterrichtssprache diesen Nachteil möglichst schnell überwinden können. Auch im Ganztagsangebot steht Sprachförderung im Zentrum.

B6 Steuerung der Übergänge

Die Übergänge von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule sowie von der Grundschule in die Sekundarstufe I werden gezielt gesteuert. Sprachkurse, Kindertagesstätten, Grundschule und Sekundarstufe I werden miteinander verzahnt (Bildung von „Förderketten“), damit der individuell mögliche Bildungserfolg auch erreicht wird.

3. Geeignete Maßnahmen

(Nummerierung: Bezeichnung des Ziels und Nummer in der Auflistung, z. B. A1/2 = Werbemaßnahmen für Praktikumsplätze). Die Reihenfolge der Maßnahmenvorschläge bildet keine Prioritätensetzung ab.

zu Ziel B1 Frühe Förderung:

1. Ansprache der Eltern so früh wie möglich:
 - Bereits im Baby-Willkommenspaket wird auf die Möglichkeiten der Sprachförderung hingewiesen und konkrete Angebote an Familien mit Migrationshintergrund gemacht
 - Aufklärungsarbeit, vermittelt über Hebammen, Kinderärztinnen und -ärzte sowie Krankenhäuser
 - Familienwegweiser: Bereitstellung von Informationen über Angebote durch die Stadt
 - Infoabende für Eltern durch die Volkshochschule und dem Fachbereich Jugend und Soziales
2. Qualifizierung der Erzieher/innen in der Vermittlung der deutschen Sprache
3. Begleitung kindlicher Entwicklungsschritte durch ergänzende Angebote
4. Überprüfung der Konzepte für Sprachförderung im Kita-Bereich (z.B. aus dem Netzwerk Gronau-Hand) auf generelle Übertragbarkeit

5. Beilage zum Elternbrief über bilinguale Erziehung
6. Von den Besten lernen: Gute Beispiele aufgreifen
7. Bi-/Multilaterale Krabbelgruppen, „türkische“ Krabbelgruppe als Pilotprojekt
8. Erziehungsseminare in türkischer Sprache (Elternführerschein)
9. Leseförderung an Grundschulen (mehrsprachig)
10. Bereitstellung didaktischen Materials
 - in der Stadtbücherei
 - für die ehrenamtlich Tätigen

Zu Ziel B2 Elternarbeit:

1. Organisation gezielter Informationsveranstaltungen, Gesprächsangebote etc. zum Bildungswesen und zu den Rollen und Aufgaben von Eltern und pädagogischen Fachkräften:
 - Einladung der Eltern als Expert/innen
 - stärkere Einbindung der Eltern in die Schule, dafür Sprecher/innen wählen
 - Motivation der Eltern am Lernerfolg ihrer Kinder stärken
 - gemeinsames Sportangebot für Schüler/innen und ihre Eltern
 - Infoabende für Eltern von 4-jährigen
2. Verstärkung und Unterstützung der Elternarbeit in Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen durch Entwicklung von Qualitätsstandards
3. Bestehende Modelle der Sprachförderung sind bekannt und deren Qualität eingeschätzt:
 - Förderung BAMF
 - Überblick über vorhandene Fachkräfte
 - gemeinsames Fortbildungskonzept
 - gemeinsame Fortbildung Kindertagesstätte/Schule
 - gezielte Sprachförderkurse vor der Einschulung
4. Einsatz von erfolgreichen Programmen wie z.B. Griffbereit, Rucksack etc. (Prüfung bestehender Fördermaßnahmen)
5. Sprachförderung für und mit Eltern auch in der Schule (z.B. Rucksackprojekt)
6. Städtische Finanzierung von Sprachkursen für Mütter von Kindergarten- und Grundschulkindern.
 - Schülercafé, Koch-, Werkkurse, Mädchen-/Jungenarbeit
 - Elterncafé in der Schule
 - niederschwelliges Kommunikationsangebot
 - Fun-Projekt (Familie und Nachbarschaft)
 - Literatur und Erziehung

zu Ziel B3 Schließen von Angebotslücken:

1. Beteiligung an der Auflistung des Sprachförderangebotes (wird z.Zt. durch den Rheinisch-Bergischen Kreis durchgeführt), lfd. Aktualisierung.
2. Prüfung, wie für jeden, der Sprachförderung benötigt, ein passendes Angebot gemacht werden kann.
3. Besondere Angebote für Migrantinnen:
 - Ansprechpartnerinnen in Kindertagesstätten (z.B. Stadtteilmütter)
 - Informationsveranstaltungen (z.B. über die Rechte der Frauen)
 - regelmäßige Treffen für Migrantinnen in Familienzentren zur Sprachförderung

4. Etablierung eines Fachforums zum Auffinden von Lücken
5. Interkulturelle Treffen in Familienzentren/Kindertagesstätten mit Sprachfördereffekt, beispielsweise nach dem Vorbild des Mehrgenerationenhauses
6. Einsatz von Schlüsselpersonen, um für Sprachförderangebote zu werben
7. Gründung einer Stiftung für Sprachförderung
8. Maßnahmen zu festgestellten Angebotslücken:
 - Fachsprachenförderung im Rahmen der beruflichen Qualifizierung
 - Sprachförderangebote im Kleinkind-, Kindergarten- und Grundschulalter
 - Sprachförderung für Erwachsene
 - Patinnen oder Ansprechpartnerinnen in den Kindertagesstätten für Mütter mit Migrationshintergrund, um bei Unsicherheiten und Fragen des Alltags zu unterstützen
 - Angebote im Rahmen der Sprachkurse speziell für Frauen
Beispiel: „Frauen haben Rechte“ – hier können alle Rechte und Hilfeangebote für Frauen vorgestellt werden, vom Thema Gewalt in der Familie über Vorstellung des Frauenhauses und verschiedener Beratungsstellen (in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsstelle)
 - Sprach- und Informationsangebote für Migrantinnen in Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten und Schulen.

zu Ziel B4 Ressource Muttersprache:

1. Migrantenselbstorganisationen als Paten gewinnen
2. Muttersprachliches Lehrpersonal zur Verfügung stellen
3. Lehrer/innen mit Migrationsgeschichte als Brücke/Multiplikator/innen

zu Ziel B5 Sprachförderung in der Schule:

1. Treffpunkt „Deutsch“ zur Förderung der Konversation als regelhaftes Angebot an Schulen
2. Angebote von Hausaufgabenhilfe und Förderunterricht flankierend zur Sprachförderung, damit Kinder ohne ausreichende Deutschkompetenz möglichst wenig vom Lernstoff verpassen und nicht abgehängt werden
3. Kleingruppenangebote (6-10 Kinder) an Grundschulen, auch an Grundschulen mit kleinerem Anteil an Kindern von Zugewanderten

zu Ziel B6 Steuerung der Übergänge:

1. Gegenseitige Information und Kommunikation zwischen Erzieher/innen und Lehrer/innen unter Einbeziehung der Eltern
2. Systematische Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen
3. Veröffentlichung guter Beispiele
4. Bildungskonferenz (Themen: Welche Unterstützung wäre hilfreich? Sichtweisen von Erzieher/innen und Lehrer/innen beachten)
5. Übergangs-Konferenzen:
 - Kindertagesstätten - Grundschule,
 - Grundschule - Sekundarstufe I
6. Einschulungskonferenzen
7. Beachtung der Stadtteilorientierung

4. Monitoring und Evaluation

Grundzahl:

Welcher statistische Wert verdeutlicht die Ist-Situation?

Sprachförderung

1. Ergebnisse aus „Delfin 4“ (Diagnostik, Elternarbeit und Förderung der Sprachkompetenz Vierjähriger in NRW)
(Quelle: Schulamt)
2. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen
(Quelle: Gesundheitsamt)
3. Anzahl der Schulkinder, die Sprachförderung benötigen
4. Anzahl der Schulkinder, die Sprachförderung erhalten
(Quelle 3. u. 4.: Schulen)
5. Anzahl der Kinder unter drei Jahren, die Sprachförderangebote durch Jugendhilfe und Familienbildung nutzen
(Quelle: Jugendamt)

Kindertagesstätten

Kindertagesstättenstatistik:

- Anzahl der Kinder mit ausländischer Herkunft
- Familiensprache nicht deutsch
(Quelle: LDS)

Anzahl der Schüler/innen

- Grundschulen
- Förderschulen
- Weiterführende Schulen
- Schulabschlüsse
(Quelle: LDS)

Kennzahl:

Welcher statistische Wert kennzeichnet den Zielfortschritt?

1. Die Übergänge von der Grundschule in die Gymnasien erhöhen sich bei Kindern mit Migrationshintergrund um x%.
2. Die Übergänge von der Grundschule in die Hauptschulen reduzieren sich bei Kindern mit Migrationshintergrund um x%.
3. Die Anzahl der Schüler/innen, die Sprachförderung in der Grundschule benötigen, reduziert sich um x%.
4. Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen bei Kindern mit Migrationshintergrund entsprechen denen der deutschen Kinder.
5. Das Erreichen von Schulabschlüssen ist Herkunfts- unabhängig, d.h. die Verteilung der Schulabschlüsse entspricht in etwa den Anteilen an der Bevölkerung im jeweiligen Jahrgang.

Wirkungsindikatoren

1. Eltern kennen das deutsche Schulsystem und nutzen die Sprachförderangebo-

- te.
2. Die Behebung von Sprachdefiziten, die noch bei der Einschulung bestehen, wird in der Schule, insbesondere im Ganztagsbereich, prioritär vorangetrieben. Schulen haben ihre Zielplanung entsprechend angepasst.
 3. Die Zusammenarbeit von Eltern, Kindertagesstätten und Schulen hat sich qualitativ verbessert, durch höhere Beteiligung von Eltern, Kindertagesstätten und Schulen, durch verlässliche Kooperationsstrukturen, Qualitätsstandards, Förderketten u.ä.
 4. Familien mit Migrationshintergrund fühlen sich bei der besonderen Herausforderung der bilingualen Erziehung unterstützt und gestalten diese bewusst.
 5. Es gibt konkrete Ansatzpunkte, wie die verschiedenen Muttersprachen in ihrer Brückenfunktion gefördert werden können.
 6. Bei den Eltern ist die Motivation für die Mitwirkung am Bildungserfolg ihrer Kinder gestärkt. Eltern haben ihre Rolle bei der Unterstützung ihrer Kinder erkannt.
 7. Die Kompetenzen der Eltern sind gewürdigt und genutzt worden.
 8. Hintergründe für fehlende Beteiligung der Eltern in der Schule sind erkannt.

Adressaten der Berichterstattung:

Wem wird über Fortschritte und Entwicklungen berichtet?

ASSG Ausschuss für Stadtentwicklung, Integrationsrat
Integrationskonferenz, ABKSS und JHA
Rat, Verwaltungskonferenz

5. Operativer Ablauf

Für die Verbesserung in diesem Handlungsfeld sollen folgende Elemente umgesetzt werden:

- Analyse und Aufbau eines Steuerungssystems
In einer bedarfs- und Angebotsanalyse werden die vorhandenen Informationen zu den Angeboten und Maßnahmen in der Sprachförderung geschlechts-, zielgruppen- und altersspezifisch systematisiert und aktualisiert. Dazu wird auf die zurzeit stattfindende Analyse des Rheinisch-Bergischen Kreises zurückgegriffen, weitere bestehende Informationen genutzt und ergänzende Informationen eingeholt.
- Kommunale Bildungslandschaft
Bei der Entwicklung und Implementierung der kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach werden die besonderen Bedürfnisse der Zugewanderten im Bereich Sprachförderung und Bildung berücksichtigt.
- Qualitätskriterien für die Umsetzung
Bei der Erarbeitung von Umsetzungsideen wird jeweils überprüft, inwiefern die Umsetzungsvorschläge Schlüsselpersonen einbeziehen, einen Beitrag zur Unterstützung der Eltern und zur Förderung bilingualer Erziehung leisten und inwiefern sie zu einem gelingenden Übergangmanagement zwischen den verschiedenen Bildungsinstitutionen (Kindergärten, Grundschulen, weiterführende Schulen, Berufsbildung, Studium) beitragen.
- Einbindung in vorhandene Gremien

Um für die bestehenden Herausforderungen zu sensibilisieren, Impulse zu setzen und die Ideenentwicklung zur Umsetzung vorgenannter Qualitätskriterien zu befördern, bringt die Verwaltung die Erkenntnisse aus der Bedarfs- und Angebotsanalyse in die bestehenden Kooperationsstrukturen und -gremien, insbesondere in die Leiter/innenkonferenz Kindertageseinrichtungen, Leiter/innen- und Trägerkonferenz Offener Ganztage, Schulleitungskonferenzen, Stadtteil-AGs, ein. Dort werden auch gute Beispiele vorgestellt.

- KOMM-IN-Prozess 2009/10
Mit Mitteln aus der Landesförderung KOMM-IN soll im Förderzeitraum Juli 2009 bis April 2010 erprobt werden, wie Eltern mit Zuwanderungsgeschichte in der Sprachförderung ihrer Kleinkinder unterstützt werden können.
Der entsprechende Antrag wurde von der Bezirksregierung leider abgelehnt, da das Projekt als nicht förderberechtigt eingestuft wurde.
- Umsetzung vorgeschlagener Maßnahmen
Entsprechend der Zielprioritäten sollen vorrangig die auf den folgenden Seiten dokumentierten Maßnahmen in Angriff genommen werden. Ob und in welchem Umfang hierfür Haushaltsmittel benötigt werden, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einschätzen. Soweit für die Umsetzung der Maßnahmen Haushaltsmittel benötigt werden, wird der Fachbereich 5 entsprechende Vorschläge im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel 2010 in den ASSG sowie in die Haushaltsberatungen 2011 einbringen:
 - B 1/2 Qualifizierung der Erzieher/innen in der Vermittlung der deutschen Sprache
 - B 1/4 Überprüfung der Konzepte für Sprachförderung im Kita-Bereich (z.B. aus dem Netzwerk Gronau-Hand) auf generelle Übertragbarkeit
 - B 1/5 Beilage zum Elternbrief über bilinguale Erziehung
 - B 1/7 Mehrsprachige Krabbelgruppen, „deutsch-türkische“ Krabbelgruppe als Pilotprojekt
 - B 1/9 Leseförderung an Grundschulen (mehrsprachig)

1	Bezeichnung der Maßnahme Qualifizierung der Erzieher/innen in der Vermittlung der deutschen Sprache	Nr. B 1/2
2	Beschreibung der Maßnahme: Es werden Qualifizierungsangebote für Erzieher/innen im Bereich der Deutschvermittlung geschaffen.	
3	Ziele B1 Frühe Förderung Unter 6-jährige mit anderer Muttersprache werden verstärkt gefördert. Eltern werden in ihrer besonderen Herausforderung bilingualer Erziehung unterstützt.	
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5	Zeit > erforderlicher Vorlauf > Dauer des Angebots / der Veranstaltung > einmalig / wiederkehrend / Rhythmus > gesamte Laufzeit der Maßnahme	
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.: > Federführung: > Mitwirkende: > Unterstützer	
7	Benötigte Ressourcen: > Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten) > Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten) > Sachmittel (welche, Kosten)	
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) - Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) - Wirkungsindikatoren: -	
9	Sonstige Informationen	

1	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. B 1/4
	Überprüfung der Konzepte für Sprachförderung im Kita-Bereich (z.B. aus dem Netzwerk Gronau-Hand) auf generelle Übertragbarkeit		
2	Beschreibung der Maßnahme:		
3	Ziele		
	B1 Frühe Förderung Unter 6-jährige mit anderer Muttersprache werden verstärkt gefördert. Eltern werden in ihrer besonderen Herausforderung bilingualer Erziehung unterstützt.		
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an?		
	ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
5	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf		
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung		
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus		
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme		
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:		
	> Mitwirkende:		
	> Unterstützer		
7	Benötigte Ressourcen:		
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
	> Sachmittel (welche, Kosten)		
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -		
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -		
	Wirkungsindikatoren: -		
9	Sonstige Informationen		

1	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. B 1/5
	Beilage zum Elternbrief über bilinguale Erziehung		
2	Beschreibung der Maßnahme:		
3	Ziele B1 Frühe Förderung Unter 6-jährige mit anderer Muttersprache werden verstärkt gefördert. Eltern werden in ihrer besonderen Herausforderung bilingualler Erziehung unterstützt.		
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
5	Zeit > erforderlicher Vorlauf > Dauer des Angebots / der Veranstaltung > einmalig / wiederkehrend / Rhythmus > gesamte Laufzeit der Maßnahme		
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.: > Federführung: > Mitwirkende: > Unterstützer		
7	Benötigte Ressourcen: > Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten) > Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten) > Sachmittel (welche, Kosten)		
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) - Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) - Wirkungsindikatoren: -		
9	Sonstige Informationen		

1	Bezeichnung der Maßnahme Mehrsprachige Krabbelgruppen	Nr. B 1/7
2	Beschreibung der Maßnahme: Mehrsprachige Krabbelgruppen, „deutsch-türkische“ Krabbelgruppe als Pilotprojekt	
3	Ziele B1 Frühe Förderung Unter 6-jährige mit anderer Muttersprache werden verstärkt gefördert. Eltern werden in ihrer besonderen Herausforderung bilingualer Erziehung unterstützt.	
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5	Zeit > erforderlicher Vorlauf > Dauer des Angebots / der Veranstaltung > einmalig / wiederkehrend / Rhythmus > gesamte Laufzeit der Maßnahme	
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.: > Federführung: > Mitwirkende: > Unterstützer	
7	Benötigte Ressourcen: > Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten) > Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten) > Sachmittel (welche, Kosten)	
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) - Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) - Wirkungsindikatoren: -	
9	Sonstige Informationen	

1	Bezeichnung der Maßnahme Leseförderung an Grundschulen (mehrsprachig)	Nr. B 1/9
2	Beschreibung der Maßnahme: In der Grundschule findet mehrsprachige Leseförderung statt.	
3	Ziele B1 Frühe Förderung Unter 6-jährige mit anderer Muttersprache werden verstärkt gefördert. Eltern werden in ihrer besonderen Herausforderung bilingualer Erziehung unterstützt.	
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5	Zeit > erforderlicher Vorlauf > Dauer des Angebots / der Veranstaltung > einmalig / wiederkehrend / Rhythmus > gesamte Laufzeit der Maßnahme	
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.: > Federführung: > Mitwirkende: > Unterstützer	
7	Benötigte Ressourcen: > Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten) > Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten) > Sachmittel (welche, Kosten)	
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) - Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) - Wirkungsindikatoren: -	
9	Sonstige Informationen	

C Handlungsfeld: Zusammenleben

1. Annahme

Interkulturelles Zusammenleben entsteht durch aktiven gegenseitigen Austausch unter den verschiedenen Gruppierungen in der Stadtgesellschaft.

2. Ziele

Die nachfolgenden Ziele konkretisieren die im Handlungsfeld Zusammenleben vorangestellte Annahme und die Grundaussagen zur Integration (Teil I) handlungsorientiert. Bei ihrer Umsetzung sind Geschlechter- und Generationengerechtigkeit strikt zu beachten.

Die Rangordnung der Ziele wurde im Verhältnis von Wichtigkeit und Dringlichkeit der Ziele dieses Handlungsfeldes festgelegt.

Ziele im Rang 1

C1 Kenntnis der Kulturen

Einheimische und Zugewanderte haben gute Kenntnis von der Kultur der jeweils Anderen.

Ziele im Rang 2

C2 Gesellschaftliches Zusammenleben

Das soziale und kulturelle Leben in Bergisch Gladbach wird – wenn möglich – von Einheimischen und Zugewanderten gemeinsam gestaltet.

Ziele im Rang 3

C3 Teilhabe

Den Zugewanderten ist Teilhabe möglich, auch durch eine entsprechende Öffnung von insbesondere politischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Organisationen und Institutionen in Bergisch Gladbach.

Ziele im Rang 4

C4 Identifikation mit Land und Leuten

Zugewanderte fühlen sich der deutschen Gesellschaft zugehörig.

C5 Akzeptanz des deutschen Gesellschaftssystems

Die Zugewanderten kennen den föderalen Staatsaufbau sowie das Wirtschafts-, Sozial- und Bildungssystem Deutschlands. Sie akzeptieren die Grundwerte des Grundgesetzes und die deutsche Rechtsordnung.

3. Geeignete Maßnahmen

(Nummerierung: Bezeichnung des Ziels und Nummer in der Auflistung, z. B. A1/2 = Werbemaßnahmen für Praktikumsplätze). Die Reihenfolge der Maßnahmenvorschläge bildet keine Prioritätensetzung ab.

zu Ziel C1 Kenntnis der Kulturen:

1. Die zur Verfügung stehenden Medien wie Flyer, Zeitungen und Lokalradio, die Internetseiten des Integrationsbeirates und der Schuljahreskalender (RAA) werden systematisch genutzt.
2. Vereine führen Informationsveranstaltungen über ihre Kultur durch.
3. Das Image von Zugewanderten wird über die Medien gefördert (z.B. Mädchenmerker, Zeitungsserie „Zugewanderte in unserer Stadt“).
4. VHS-Kochkurse mit Zugewanderten vermitteln den Einheimischen andere Kulturen und positive Aspekte einer multikulturellen Gesellschaft.
5. Durchführung von Veranstaltungen in Kindertagesstätten und Familienzentren, z.B. zum Thema „Wir spielen, essen, kleiden uns ... wie Kinder aus anderen Ländern.“

zu Ziel C2 Gesellschaftliches Zusammenleben:

1. Die Internationale Begegnungsstätte wird auf Dauer erhalten. Die Nutzung wird über die bisherigen sechs Migrantenselbstorganisationen auf weitere Vereine erweitert. Die bestehenden Vereinbarungen mit der Stadt werden im Hinblick auf die Ziele des Integrationskonzeptes überarbeitet. Der Bekanntheitsgrad wird durch konkrete Kontaktaufnahme mit Vereinen und Institutionen gesteigert.
2. Erhöhung der Beteiligung der Zugewanderten am Stadtfest, z.B. durch die Bestimmung eines „Ländermottos“: Zugewanderte beteiligen sich am Bühnenprogramm, stellen eine Moderation mit Migrationshintergrund und gestalten Stände für die verschiedenen Kulturen.
3. Angebot eines Frauenfrühstücks durch den Verein „Frauen helfen Frauen“ und die griechische Gemeinde, verstärkte Einbindung von Migrantinnen. Das bestehende Angebot der Internationalen Frauengruppe wird berücksichtigt.
4. Mitwirkung beim Internationalen Frauentag (z.B. 2009 durch den Film „Iss Zucker und sprich süß“).
5. Beteiligung an „GL bewegt sich“
6. Die Vereine erweitern ihr Veranstaltungsangebot, indem in jedem Quartal bei einem Verein eine themenbezogene Veranstaltung stattfindet. Zudem soll einmal im Jahr eine für alle Bürger offene Veranstaltung durchgeführt werden.
7. Als zentrale Informationsstelle dienen das Integrationsbüro und die Internetseiten des Integrationsbeirates.
8. Das Integrationsbüro führt einmal jährlich eine Konferenz für den gegenseitigen Austausch und eine vernetzte Planung der Aktivitäten durch.
9. Die Sportvereine fördern die Vielfalt der kulturellen Spiel- und Sportformen.
10. Alle interkulturellen Musikveranstaltungen werden in einem Jahresplan festgehalten.
11. Kooperationsveranstaltung zwischen Migrantenselbstorganisationen, Musikschule und Caritas (z.B. ein Konzert von Schüler/innen und Musiklehrer/innen mit Migrationshintergrund oder ein Vortrag von Musikgruppen der Migrantenselbstorganisationen).

zu Ziel C3 Teilhabe:

1. Informationsveranstaltungen mit Politiker/innen mit Migrationshintergrund: Zugewanderte informieren sich über die Möglichkeiten der politischen Partizipation (Beispiel für eine Veranstaltungsart: Talkshow).
2. Kontakte zwischen politischen Parteien und Migrantenselbstorganisationen herstellen. Parteien und Migrantenvereine stellen sich gegenseitig vor.
3. Der Integrationsbeirat prüft, ob Mitglieder/innen des Integrationsbeirates mit Migrationshintergrund eher zu den Sitzungen kommen, wenn sie eine Einladung in ihrer Muttersprache erhalten.
4. Talkshow (Beispiel) oder Kontaktgespräche des Bürgermeisters mit allen Migrantengruppen zum Thema Kommunalpolitik.
5. Aufbau von Begegnungsangeboten für ältere Frauen.
6. Die Stadtverwaltung und die Migrantenselbstorganisationen laden sich gegenseitig ein, um sich besser kennenzulernen und Informationen auszutauschen. Dafür werden ohnehin stattfindende Veranstaltungen genutzt, aber auch Zusätzliche initiiert.
7. Die in den Sportvereinen aktiven Trainer/innen mit Migrationshintergrund werden statistisch erfasst. Über die Migrantenvereine wird ermittelt, ob es unter den Zugewanderten noch inaktive Trainer/innen sowie Interessierte gibt.
8. Die gesammelten Daten zu 7. werden in einem Workshop bewertet und Perspektiven für den Sport entwickelt (evtl. durch den Stadtsportverband oder im Rahmen einer Mitgliederversammlung).
9. In den Mitgliederversammlungen der Vereine werden Zugewanderten stärker einbezogen und Integration thematisiert (insbesondere in den Tanzabteilungen der Sportvereine).
10. Sportspezifische Förderungsmöglichkeiten werden genutzt.
11. „Paten-Projekt“ zur Erhöhung der Anzahl von Migrantenkindern in den Sportvereinen: Das Projekt sieht vor, dass, wenn ein Mitglied des Vereins ein Migrantenkind anwirbt, beide Kinder ein Jahr lang nur die Hälfte des Mitgliedsbeitrages zahlen müssen.

Zu Ziel C4 Identifikation mit Land und Leuten:

./.

zu Ziel C5 Akzeptanz des deutschen Gesellschaftssystems:

1. Zur Herstellung einer gesellschaftlichen Übereinkunft wird der öffentliche Diskurs auf verschiedenste Weisen gefördert (z.B. durch eine Themenkonferenz).
2. Ansprechen (insb. frauenspezifischer) Tabu-Themen über die Kindertagesstätten, Frauenärzt/innen und Hebammen, aber auch über separate Vorträge.
3. Damit alle Eingewanderten das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schon zu Beginn kennen lernen, ist dieses in verschiedenen Sprachen in der Ausländerbehörde erhältlich.

4. Monitoring und Evaluation

Grundzahl:

Welcher statistische Wert verdeutlicht die Ist-Situation?

1. Anzahl der Migrantenselbstorganisationen und Religionsgemeinschaften, mit denen die Stadtverwaltung in Kontakt steht im Verhältnis zu allen Migrantenselbstorganisationen und Religionsgemeinschaften in Bergisch Gladbach
2. Anzahl der kulturellen, religiösen oder nationalen Ereignisse, zu denen Veranstaltungen durchgeführt werden und die öffentlich bekannt gemacht worden sind.
3. Anzahl der Orte der Begegnung
4. Anzahl der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Migrantenselbstorganisationen bzw. Religionsgemeinschaften (Quelle 1. – 4.: Fachbereich Jugend und Soziales/Integrationsbeirat)
5. Anzahl von Mitgliedern mit Migrationshintergrund in Sport- und Musikvereinen im Verhältnis zur Bevölkerungsstruktur (Quelle: Stadtsportbund/Musikvereine)
6. Anzahl der Übungsleiter/innen und Vereinsfunktionär/innen mit Migrationshintergrund im Verhältnis zur Bevölkerungsstruktur (Quelle: Stadtsportbund/LDS)
7. Anzahl der Rats- und Ausschussmitglieder/innen und sachkundigen Einwohner/innen mit Migrationshintergrund
8. Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Integrationsbeirat. (Quelle: Integrationsbüro)

Kennzahl:

Welcher statistische Wert kennzeichnet den Zielfortschritt?

1. Die Anzahl der Kontakte mit Migrantenselbstorganisationen und Religionsgemeinschaften in Bergisch Gladbach hat sich erhöht.
2. Die Anzahl der kulturellen, religiösen oder nationalen Ereignisse, zu denen Veranstaltungen durchgeführt werden und die öffentlich bekannt gemacht worden sind, hat sich erhöht.
3. Die Anzahl der Orte der Begegnung hat sich erhöht.
4. Die Zahl der Mitglieder, Übungsleiter/innen und Funktionär/innen in Sport- und Musikvereinen hat sich erhöht.
5. Die Zahl der Rats- und Ausschussmitglieder mit Migrationshintergrund entspricht der Bevölkerungsstruktur.

Wirkungsindikatoren

Der aktive Austausch unter den verschiedenen Gruppierungen in der Stadtgesellschaft wird von den Vertreter/innen der Migrantenselbstorganisationen, Religionsgemeinschaften, Parteien bzw. Fraktionen, Wohlfahrtsverbänden, Einrichtungen, Trägern und dem Integrationsbeirat positiv bewertet. Die Bewertung begründet sich auf den Nutzen des Austauschs, die Deckung gemeinsamer Interessen und das Erreichen gemeinsamer Ziele.

Adressaten der Berichterstattung:

Wem wird über Fortschritte und Entwicklungen berichtet?

Integrationskonferenz, ASSG für Stadtentwicklung, Integrationsrat
Rat, Verwaltungskonferenz

5. Operativer Ablauf

Zur Verbesserung der Situation in diesem Handlungsfeld sollen vorrangig folgende Elemente umgesetzt werden:

- In einer Bedarfs- und Angebotsanalyse werden die vorhandenen Informationen zu den Angeboten und Maßnahmen im Handlungsfeld „Interkulturelles Zusammenleben“ systematisiert und aktualisiert. Die Darstellung wird zumindest nach Alter und Geschlecht differenziert.
- **Zentrale Informationsplattform**
Die Internetseiten des Integrationsbeirates werden als zentrale Informationsplattform für Zugewanderte ausgebaut. Eine entsprechende Verlinkung der städtischen Website gewährleistet einen leichten Zugriff.
Auf der Internetseite des Integrationsbeirates wird ein Veranstaltungskalender eingerichtet, in dem alle öffentlich zugänglichen Veranstaltungen für Zugewanderte und von Migrantenselbstorganisationen veröffentlicht werden. Die Veranstaltungen sollen auch in den Veranstaltungskalender auf der städtischen Website integriert werden.
Das städtische Pressebüro berücksichtigt die Veranstaltungen im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit.
- **Jährliche Integrationskonferenz**
Unter Vorsitz des Bürgermeisters wird jährlich eine Konferenz für den gegenseitigen Austausch und eine vernetzte Planung der Aktivitäten durchgeführt. Die Konferenz hat jedes Jahr einen spezifischen Schwerpunkt (mögliche Schwerpunkte: politische Partizipation, Musik, Sport, Religion, Gesundheit, Alter etc.).
- **KOMM-IN-Prozess 2009/10**
Im Rahmen der nächsten Förderphase des Landesprogramms KOMM-IN von Juni 2009 bis April 2010 wird die verstärkte Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in die Integrationsarbeit am Beispiel der Sportvereine erprobt.
Der Antrag wurde bewilligt und als Projekt zwischen Mai 2009 und Februar 2010 durchgeführt. Über das Ergebnis wird der ASSG informiert.
- **Umsetzung vorgeschlagener Maßnahmen**
Entsprechend der Zielprioritäten sollen vorrangig die auf den folgenden Seiten dokumentierten Maßnahmen in Angriff genommen werden. Ob und in welchem Umfang hierfür Haushaltsmittel benötigt werden, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einschätzen. Soweit für die Umsetzung der Maßnahmen Haushaltsmittel benötigt werden, wird der Fachbereich 5 entsprechende Vorschläge im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel 2010 in den ASSG und in die Haushaltsberatungen 2011 einbringen:
 - C 1/1 Die zur Verfügung stehenden Medien wie Zeitungen und Lokalradio, die Homepage des Integrationsbeirates und der Schuljahreskalender (RAA) werden systematisch genutzt.
 - C 1/2 Vereine führen allgemeine Informationsveranstaltungen durch.
 - C 1/3 Das Image von Zugewanderten wird über die Medien gefördert (z.B. Mädchenmerker, Zeitungsserie „Zugewanderte in unserer Stadt“).

- C 1/5 Durchführung von Veranstaltungen in Kindertagesstätten und Familienzentren, z.B. zum Thema „Wir spielen, essen, kleiden uns ... wie Kinder aus anderen Ländern.“
- C 2/4 Die Vereine erweitern ihr Veranstaltungsangebot, indem in jedem Quartal bei einem Verein eine themenbezogene Veranstaltung stattfindet. Zudem soll einmal im Jahr eine für alle Bürger offene Veranstaltung durchgeführt werden.
- C 2/6 Die Vereine erweitern ihr Veranstaltungsangebot, indem in jedem Quartal bei einem Verein eine themenbezogene Veranstaltung stattfindet. Zudem soll einmal im Jahr eine für alle Bürger offene Veranstaltung durchgeführt werden.
- C2/11 Kooperationsveranstaltung zwischen Migrantenselbstorganisationen, Musikschule und Caritas (z.B. ein Konzert von Schülerinnen/Schülern und Musiklehrerinnen/Musiklehrern mit Migrationshintergrund oder ein Vortrag von Musikgruppen der Migrantenselbstorganisationen).

1	Bezeichnung der Maßnahme Die zur Verfügung stehenden Medien wie Zeitungen und Lokalradio, die Homepage des Integrationsbeirates und der Schuljahreskalender (RAA) werden systematisch genutzt.		Nr. C 1/1
2	Beschreibung der Maßnahme:		
3	Ziele C1 Kenntnis der Kulturen: Einheimische und Zugewanderte haben gute Kenntnis von der Kultur der jeweils Anderen.		
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
5	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf		
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung		
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus		
> gesamte Laufzeit der Maßnahme			
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:		
	> Mitwirkende:		
> Unterstützer			
7	Benötigte Ressourcen:		
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
> Sachmittel (welche, Kosten)			
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -		
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -		
Wirkungsindikatoren: -			
9	Sonstige Informationen		

1	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. C 1/2
	Vereine führen allgemeine Informationsveranstaltungen durch.		
2	Beschreibung der Maßnahme:		
3	Ziele C1 Kenntnis der Kulturen		
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
5	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf		
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung		
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus		
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme		
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:		
	> Mitwirkende:		
	> Unterstützer		
7	Benötigte Ressourcen:		
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
	> Sachmittel (welche, Kosten)		
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -		
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -		
	Wirkungsindikatoren: -		
9	Sonstige Informationen		

1	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. C 1/3
	Das Image von Zugewanderten wird über die Medien gefördert (z.B. Mädchenmerker, Zeitungsserie „Zugewanderte in unserer Stadt“).		
2	Beschreibung der Maßnahme:		
3	Ziele C1 Kenntnis der Kulturen		
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? Ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
5	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf		
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung		
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus		
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme		
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:		
	> Mitwirkende:		
	> Unterstützer		
7	Benötigte Ressourcen:		
	➤ Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	➤ Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
	➤ Sachmittel (welche, Kosten)		
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -		
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -		
	Wirkungsindikatoren: -		
9	Sonstige Informationen		

1	Bezeichnung der Maßnahme Durchführung von Veranstaltungen in Kindertagesstätten und Familienzentren, z.B. zum Thema „Wir spielen, essen, kleiden uns ... wie Kinder aus anderen Ländern.“ Nr. C 1/5	
2	Beschreibung der Maßnahme: Kita und Familienzentrum könnten genutzt werden, um z.B. ein Ferienprogramm für Kinder durchzuführen, mit dem Thema „Wir spielen, essen, kleiden uns wie Kinder aus anderen Ländern.“	
3	Ziele C1 Kenntnis der Kulturen	
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?	
5	Zeit	
	> erforderlicher Vorlauf	
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung	
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus	
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:	
	> Federführung:	
	> Mitwirkende:	
7	Benötigte Ressourcen:	
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)	
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)	
	> Sachmittel (welche, Kosten)	
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren	
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -	
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -	
9	Wirkungsindikatoren: -	
	Sonstige Informationen	

1	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. C 2/4
	Mitwirkung beim Internationalen Frauentag (z.B. 2009 durch den Film „Iss Zucker und sprich süß“).		
2	Beschreibung der Maßnahme:		
3	Ziele C2 Gesellschaftliches Zusammenleben		
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
5	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf		
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung		
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus		
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme		
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:		
	> Mitwirkende:		
	> Unterstützer		
7	Benötigte Ressourcen:		
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
	> Sachmittel (welche, Kosten)		
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -		
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -		
	Wirkungsindikatoren: -		
9	Sonstige Informationen		

1	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. C 2/6
	Die Vereine erweitern ihr Veranstaltungsangebot, indem in jedem Quartal bei einem Verein eine themenbezogene Veranstaltung stattfindet. Zudem soll einmal im Jahr eine für alle Bürger offene Veranstaltung durchgeführt werden.		
2	Beschreibung der Maßnahme:		
3	Ziele C2 Gesellschaftliches Zusammenleben		
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an? ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
5	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf		
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung		
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus		
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme		
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:		
	> Mitwirkende:		
	> Unterstützer		
7	Benötigte Ressourcen:		
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
	> Sachmittel (welche, Kosten)		
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -		
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -		
	Wirkungsindikatoren: -		
9	Sonstige Informationen		

1	Bezeichnung der Maßnahme		Nr. C 2/11
	Kooperationsveranstaltung zwischen Migrantenselbstorganisationen, Musikschule und Caritas (z.B. ein Konzert von Schülerinnen/Schülern und Musiklehrerinnen/Musiklehrern mit Migrationshintergrund oder ein Vortrag von Musikgruppen der Migrantenselbstorganisationen).		
2	Beschreibung der Maßnahme:		
3	Ziele		
	C2 Gesellschaftliches Zusammenleben		
4	Maßnahme schließt an vorhandenes Angebot an?		
	ja/nein Wenn ja, wer macht dieses Angebot für wen, wann und wo?		
5	Zeit		
	> erforderlicher Vorlauf		
	> Dauer des Angebots / der Veranstaltung		
	> einmalig / wiederkehrend / Rhythmus		
	> gesamte Laufzeit der Maßnahme		
6	Beteiligte Organisationen / Gremien etc.:		
	> Federführung:		
	> Mitwirkende:		
	> Unterstützer		
7	Benötigte Ressourcen:		
	> Personal (Anzahl, Beschäftigungsumfang, Qualifikation, Kosten)		
	> Räume (Anzahl, Beschaffenheit, Kosten)		
	> Sachmittel (welche, Kosten)		
8	Erfolgs-/Wirkungsindikatoren		
	Grundzahl: (Was soll gemessen werden?) -		
	Kennzahl: (Welcher Wert soll erreicht werden?) -		
	Wirkungsindikatoren: -		
9	Sonstige Informationen		

hier. Beschlussfassung zu den Teilen II bis IV bei Entscheidungen politischen Gremien beabsichtigte Beratungsfolge:
ASSG am 23.02.2009, JHA 09.03.2009, Rat 23.03.2009

Beteiligte Fachbereiche/Stabsstellen

Handlungsfeld:

10. Integration mittelfristige Ziele

10.1 Integrationskonzept Produktgruppe/Produkt Produktbereich 004 bis 006

Jährliche Haushaltsziele:

Haushaltsziel 2009:

Dem Sozialausschuss wird in der 2. Sitzung des Jahres 2009 ein Integrationskonzept für Zuwanderinnen und Zuwanderer vorgelegt, an dessen Entwicklung der Integrationsbeirat, freie Träger und andere an der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern beteiligte Organisationen (und Interessierte) beteiligt waren.

Kurze prägnante Sachverhaltsbeschreibung

Nachdem der Rat in seiner Sitzung am2009 Teil I des Integrationskonzeptes beschlossen hatte, war die Beschlussfassung zu den Teilen II bis VI zunächst zurückgestellt worden. Im November und Dezember 2009 hatten die Fachbereiche und Stabsstellen Gelegenheit zu dem vorgelegten Konzeptentwurf Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen der Fachbereiche 1 und 4 sind als Anlage beigefügt. Die Änderungsvorschläge sind soweit möglich, also nicht den Erkenntnissen und Beschlüssen der Lenkungsgruppe, in die Vorlage aufgenommen worden.

Darüber hinaus wurde die Vorlage insbesondere hinsichtlich der geänderten Ausschussstruktur, der Organisationsentscheidung des Verwaltungsvorstandes vom 22.12.2009 (siehe Seite 11), dem Zeitfortschritt insbesondere bezogen auf Haushaltsberatungen und den Veränderungen bezüglich des Programms KOMM-In (Seite 41 und 51) aktualisiert.

Außerdem wurde ein Beschlussvorschlag und eine Sachdarstellung entworfen (siehe Anlagen).

Da sich auch dem Beteiligungsverfahren innerhalb der Stadtverwaltung keine nachhaltigen Einwende oder Änderungsvorschläge zur Prioritätensitzung ergeben haben, schlage ich vor, dass Konzept in der von der Lenkungsgruppe am 22.04.2009 beschlossenen und nunmehr aktualisierten Fassung der Politik zur Beschlussfassung zuzuleiten.

In den Haushaltsentwurf 2010 sind 50.000 Euro zur Umsetzung von Maßnahmen des Integrationskonzeptes bereitgestellt. Nach derzeitigem Erkenntnisstand dürften für die geplanten prioritären Maßnahmen die Mittel in 2010 nicht vollumfänglich benötigt werden. Die Umsetzung haushaltswirksamer Maßnahmen soll zwischen dem am 07.02.2010 neu zu wählenden Integrationsrat und dem ASSG abgestimmt werden.

(Auf die Befügung der Anlagen zum Integrationskonzept wurde verzichtet. Sie liegen den Fachbereichen und dem Verwaltungsvorstand durch die vorausgehenden Beteiligungsverfahren bereits vor.)

